

**Betreff:** AW: Wahlprüfstein: Deutsche Ärzte sind verantwortungslos. Lässt Europa sie gewähren? Was tun Sie?

**Von:** "info@kassel.cdu.de" <info@kassel.cdu.de>

**Datum:** 23.05.2024, 20:31

**An:** "die-bpe@berlin.de" <die-bpe@berlin.de>

Sehr geehrte Damen und Herren,  
sehr geehrter Herr Seibt,  
sehr geehrte Frau Wieg,

vielen Dank für Ihre Nachricht vom 16. Mai und Ihr Interesse an der Wahl zum Europäischen Parlament.

Während mittlerweile viele Politikfelder im Europäischen Parlament durch Gesetzgebung europaweit beeinflusst werden, ist Gesundheitspolitik derzeit noch weitgehend mitgliedstaatliche Kompetenz. Grundsätzlich muss Gesundheitspolitik am Wohle des Menschen orientiert sein. Zudem müssen die Menschenrechte, zu denen sich die Europäische Union und alle Mitgliedstaaten verpflichten, in allen Bereichen der Gesundheitsvorsorge gewahrt bleiben. Deshalb danke ich Ihnen auch für den Verweis auf die Publikation der WHO zu psychischer Gesundheit, die ich mit großem Interesse gelesen habe. Die von Ihnen erwähnte Publikation der WHO enthält viele sinnvolle Impulse, ist jedoch kein völkerrechtlich bindender Vertrag und somit keinesfalls gleichzusetzen mit der Charta der Menschenrechte. Ich begrüße ausdrücklich den Vorstoß der WHO, auch psychische Gesundheit verstärkt in den Blick zu nehmen, und werde mich auch in Zukunft im Rahmen meines politischen Engagements für eine gute, am Wohle der Menschen orientierte Versorgung kranker Menschen einsetzen.

Mit freundlichen Grüßen,

Alice Jacobi

---

**Von:** [die-bpe@berlin.de](mailto:die-bpe@berlin.de) <[die-bpe@berlin.de](mailto:die-bpe@berlin.de)>

**Gesendet:** Donnerstag, 16. Mai 2024 13:10

**An:** Info Kassel <[info@kassel.cdu.de](mailto:info@kassel.cdu.de)>

**Cc:** [Matthias.Seibt@psychiatrie-erfahrene-nrw.de](mailto:Matthias.Seibt@psychiatrie-erfahrene-nrw.de); [sabine.wieg@bpe-online.de](mailto:sabine.wieg@bpe-online.de)

**Betreff:** Wahlprüfstein: Deutsche Ärzte sind verantwortungslos. Lässt Europa sie gewähren? Was tun Sie?

Gemeinsamer **Wahlprüfstein** von [Bundesverband Psychiatrie-Erfahrener \(@bpe-online.de\)](https://www.bpe-online.de) und [Bundesarbeitsgemeinschaft Psychiatrie-Erfahrener \(die-bpe@berlin.de\)](https://www.die-bpe@berlin.de)

zu Händen Frau Alice Jacobi,

für die Europawahl am 9.6. haben wir eine Frage als Wahlprüfstein, von deren Beantwortung wir unsere Wahlempfehlung abhängig machen werden. Wir werden diese mit unseren Mitteln veröffentlichen. Deshalb bitten wir um die Beantwortung der Frage bis 3.6. Zur Erklärung, warum wir davon sprechen, dass die deutsche Ärzteschaft völlig verantwortungslos ist, finden Sie unten die Erklärung und in den beiden Verlinkungen im letzten Absatz die Dokumentation für den Vorwurf.

## Frage:

Die deutsche Ärzteschaft geht von der falschen Überzeugung aus, sie habe keine Verantwortung dafür, eine Medizin zu praktizieren, die Menschenrechte konform und entsprechend den WHO Vorgaben ist, nur die Gesetzgeber hätten ihr etwas zu sagen. Auch der deutsche Bundesgesundheitsminister benimmt sich so. Was werden Sie als zukünftige/r Europaabgeordnete/r tun? Lassen Sie die Ärzteschaft unwidersprochen gewähren? Oder setzen Sie die Menschenrechte und die Vorgaben der WHO auch in der Psychiatrie durch? Wenn ja in welchem Zeitraum werden Sie diese Vorgaben erfüllen?

## Zur Erklärung:

Die Ärztekammern in Bund und den Ländern wurden am 26.2.2024 mit der folgenden Aufforderung angeschrieben:

-----

zu Händen Frau Alice Jacobi,

falls es Ihnen noch nicht bekannt sein sollte, die Weltgesundheitsorganisation WHO hat zusammen mit der UN (vertreten durch das UN-Hochkommissariat für Menschenrechte) zur Maßgabe gemacht, alle zwangspsychiatrischen Maßnahmen abzuschaffen, so dass die Psychiatrie gewaltfrei wird, siehe auch die Beilage\*. (Einsperren in einer geschlossenen Station einer psychiatrischen Klinik und psychiatrische Zwangsbehandlung darf es dann, und nur dann, noch geben, wenn das zu dulden vorher in einer mit freiem Willen unterzeichneten Patientenverfügung von den jeweils Betroffenen festgelegt wurde, eine entsprechende Behandlung also den Willen der Betroffenen erfüllt und nicht bricht. Nur für diesen Fall der vorherigen Einwilligung gilt Therapiefreiheit für Fixierung, Einsperren und Zwangsbehandlung).

Dieser Paradigmenwechsel wurde von der WHO hier veröffentlicht: <https://www.who.int/publications/i/item/9789240080737>

Wir sind der Überzeugung, dass die Ärztekammern im Bund und den Ländern selbstverständlich in der

Pflicht sind, das Gesundheitssystem so zu organisieren, dass Ärztinnen und Ärzte konform mit den Menschenrechten und den Anforderungen der WHO handeln.

Wie wird die Bundes/Landesärztekammer..... diese verbindliche Vorgabe erfüllen und in welchem Zeitraum?

Ärztékammern sind die Träger der berufsständischen Selbstverwaltung und für die Wahrung der beruflichen Belange der Ärzteschaft verantwortlich. Vor allem regeln sie die

- Berufs- und Fortbildungsordnungen
- Abnahme von (Facharzt-) Prüfungen
- Überwachung der Berufsausübung der Ärzte
- Qualitätssicherungsmaßnahmen, Errichtung von Ethikkommissionen
- Berufsinteressen der Ärzte und
- vermitteln bei Streitigkeiten unter Ärzten.

Diese Aufgaben zu erfüllen, ist an erster Stelle eine innerärztliche Angelegenheit und ein Verweis auf den Gesetzgeber wäre ein machtpolitischer Offenbarungseid. Ärztinnen und Ärzten ist an sich fremd, Zwang und Gewalt zur Durchführung ihrer Tätigkeit anzuwenden. Was sollte also die Schwierigkeit sein, diese Gewaltfreiheit nun nach den Maßgaben der WHO für alle Ärztinnen und Ärzten verbindlich zu machen?

Entsprechend bitten wir Sie, kurzfristig allen in Ihrem Kammerbereich tätigen Ärztinnen und Ärzten zu vermitteln, dass definitiv Schluss ist, sich mit einer Untersuchung und/oder Gutachten an Verfahren zu beteiligen, die zu Maßregelvollzug, Zwangsbetreuung oder (Zwangs-)Einweisung mit einem PsychKG führen können bzw. sollen. Es muss mit dem Entzug der Approbation gedroht werden, wenn sich jemand nicht an diese Beschränkung halten sollte (bzw. dieser Entzug bei einer Weigerung auch vollzogen werden). Außerdem müssen die psychiatrische Ausbildung und die entsprechenden Prüfungen kurzfristig auf die für die Medizin grundlegende Gewaltfreiheit umgestellt werden (analog zur Nichtbeteiligung von Ärzten an Hinrichtungen oder dem Gewaltverzicht in der vormals "schwarzen" Pädagogik).

Wir bitten um eine zeitnahe Antwort und werden diesen Brief bis auf Weiteres nicht veröffentlichen.

Mit freundlichen Grüßen

\*Siehe: [Gemeinsame Presserklärung vom BPE und die-BPE vom 23.11.2022](#)

-----  
Da wir bis 4.4. keine Antworten bekommen hatten, hat sich unsere postalisch geschickte Mahnung mit der Ankündigung, dass wir ohne Antworten ab dem 8.5. an die Öffentlichkeit gehen, mit einem am selben Tag, aber später eingegangenen E-Mail der Bundesärztekammer überschritten ([siehe hier](#)). Deren Antwort war völlig unbefriedigend, so dass wir am 8.4. antworteten, den Brief kritisierten und die Bundesärztekammer aufforderten, ein angemessene Antwort bis 8.5. zu senden ([siehe hier](#)). Wir bekamen auch bis 8.5. keine befriedigendere Antwort und wenden uns nun an die Öffentlichkeit und an Sie als WahlkämpferIn.

Der Wahlprüfstein ist hier in Deutsch: <https://www.zwangspanychiatrie.de/2024/05/wahlpruefstein-deutsche-aerzte-sind-verantwortungslos-laesst-europa-sie-gewaehren/>  
und hier in Englisch veröffentlicht: <https://www.zwangspanychiatrie.de/election-touchstone-german-doctors-are-irresponsible-will-europe-let-them-get-away-with-it/>

[Das Bild](#)  
[wurde](#)  
[vom](#) Virenfrei.[www.avast.com](http://www.avast.com)  
[Absender](#)  
[entfernt.](#)

— Anhänge: —

image002.cleaned.jpg

641 Bytes